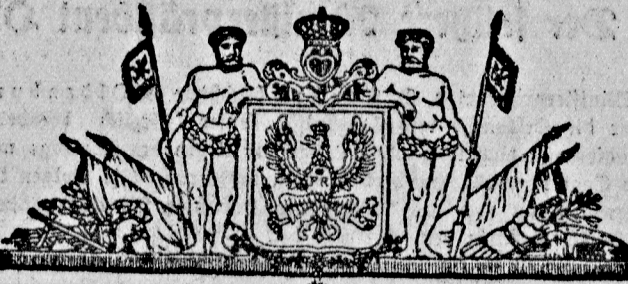


# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit  
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw.  
Redaktoren (im Ausd. d. Handeltells): Carl Misch, Berlin Unverf.  
Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3608-3685,  
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3690-3692. Telegramm-  
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 689.

## Hindenburg in Dresden

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

ba Dresden, 18. November

Zur Einweihung der Infanterieschule traf heute Reichspräsident v. Hindenburg in Begleitung des Reichswehrministers, des Reichsfinanzministers sowie zahlreicher Offiziere in Dresden ein. Zur Begrüßung hatten sich u. a. Kultusminister Dr. Kaizer und Oberbürgermeister Dr. Blüher eingefunden. Der Reichspräsident fuhr durch die Neustadt nach der Infanterieschule. Vor der Garnisonkirche schritt er die Ehrenkompanie ab, dann folgte ein kurzer Gottesdienst, hierauf der Vorbereitungsparade der gesamten Dresdener Garnison.

Dann folgte in der Infanterieschule die eigentliche Einweihung, bei der Reichspräsident v. Hindenburg eine Ansprache hielt. Er wolle durch seine Anwesenheit zeigen, welsch hohen Wert er der Erziehung des Offiziersnachwuchses beimesse. Der Waffenschüler müsse vor allem gehorchen lernen, damit er später zu befehlen verstehe. Seine Untergebenen seien ein kostbares Gut des Vaterlandes, die er zu braven aufrechten deutschen Männern erziehen wolle. Die Pflege echter Kameradschaft sei eine hohe Aufgabe. Sie müsse mehr sein als alltägliche Freundschaft. Er ermahnte die Offiziersanwärter, als der älteste deutsche Soldat, seinen Worten nachzuleben, damit die neue Schule eine Glanzschule aller alten Soldatentugenden sei und bleiben möge.

Am Denkmal der im Weltkrieg gefallenen sächsischen Kadetten legte der Reichspräsident einen Kranz nieder, ebenso Reichswehrminister Gessler und der Chef der Seeresleitung. Dann folgte eine Besichtigung der Schule und ein Frühstück, wobei der Reichswehrminister den Gästen dankte und der Infanterieschule seine Wünsche für erfolgreiches Gedeihen aussprach. Kurz vor 4 Uhr lehrte der Reichspräsident wieder nach Berlin zurück.

Während der Fahrt des Reichspräsidenten vom Neustädter Bahnhof zur Garnisonkirche ereignete sich ein Zwischenfall. In der Königsbrüder Straße sprang ein Mann auf das Trittbrett seines Autos, redete auf den Präsidenten ein und versuchte ihm ein Schreiben zu geben. Er wurde sofort von Polizeibeamten ergriffen, wobei er die Worte murmelte: „Ich bin Jesus Christus“. Die Polizei untersuchte den Mann auf Waffen. Man fand nichts weiter als ein Buch. Der Verhaftete machte den Eindruck eines Geisteskranken, der anscheinend ein Bittgesuch an Hindenburg abgeben wollte. Es ist ein stellungsloser Kellner, der gestern erst aus einer Heil- und Pflegeanstalt entlassen worden ist.

Die Kommunisten versuchten eine Gegenkundgebung gegen den Reichspräsidenten, doch wurde ihr Zug von der Polizei nicht durchgelassen.

## Reichstag erst am Dienstag

Die für nächsten Montag, 22. November, nachmittags 3 Uhr, anberaumte Plenarsitzung des Reichstags, in der die auswärtige Debatte ihren Anfang nehmen sollte, ist auf Dienstag, den 23. November, zur gleichen Stunde und mit der gleichen Tagesordnung verschoben worden.

## Die konfiszierte Wahrheit über Oberschlesien

### Polnische Vogelstrauß-Politik

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

ost Warschau, 18. November

Die Ergebnisse der ober-schlesischen Kammerwahlen versuchte gestern eine halbamtliche polnische Statistik zu verschleiern, der zufolge in Oberschlesien immerhin noch 57 Prozent der Stimmen auf die polnische Liste abgegeben worden seien. Die polnische Presse erklärt außerdem einmütig, daß zahllose Stimmen polnischer Arbeiter „unter dem Druck“ der deutschen Beamten, Aufseher und Unternehmer für die deutsche Liste gestimmt hätten.

Beide Behauptungen — die offiziöse Statistik wie die Terrortheorie — widerlegt Korsantys in einem geharnischten (in seinem Rattowitzer Blatte sofort konfiszierten) Artikel als echter Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse. Die anscheinend tröstlichen Angaben der Statistik seien dadurch zustande gekommen, daß man zu den polnischen Stimmen jetzt auch die Mieterpartei, die Mittelstandspartei, die separatistische Aufstosspartei und sogar

die Kommunisten gezählt habe, die natürlich durchweg durch eine Sonderliste eben gerade gegen die polnische Liste sich aussprachen“. Wichtiger ist die weitere Feststellung Korsantys, daß von einem irgendwie nennenswerten Terror gegen polnische Arbeiter keine Rede sein könne da in einer Reihe von Ortschaften, deren gesamte Beamtenschaft, Direktion und Arbeiterschaft polnisch sind, 50 bis 75 v. H. der Stimmen auf die deutsche Liste abgegeben wurden, woraus klar hervorgeht, daß selbst erhebliche Teile der polenstämmigen Oberschlesier heute nicht mehr für den Uebergang des Gebietes an Polen stimmen würden.

Der ober-schlesische Woiwode ist zur Berichterstattung in Warschau eingetroffen. Wichtiger als die Frage, ob er als Sündenbock wegen des Wahlergebnisses seine Demission erhalten wird, sind die grundsätzlichen Maßnahmen, die die Regierung mit ihm besprechen wird, um in Zukunft trotz des Uebergewichts der deutschen Stimmen den deutschen Einfluß der deutschen Oberschlesier auf die Verwaltung des Gebietes zu verhindern. Neben ausgedehnter Propagandarbeit und verstärkter Agitation für die polnischen Gewerkschaften steht dabei an erster Stelle der Plan, die Woiwodschaft Schlesien durch angrenzende, rein polnische Gebiete zu erweitern.

## Widerstände gegen die Große Koalition

### Was will die Deutsche Volkspartei?

Die Ferienwoche des Reichstages um den Bußtag herum sollte, wie angekündigt wurde, dazu benutzt werden, dem Parlament endlich eine Mehrheit zu verschaffen, mit der dauernd regiert werden konnte. Diese Woche ist beinahe zu Ende, und es scheint nicht, daß bisher die Verhandlungen über die Große Koalition Fortschritte gemacht haben. Man hört allerlei über Zusammenkünfte, die stattgefunden haben. Aber was man über die Vorgänge auf diesen Zusammenkünften erfährt, ist nicht gerade sehr erfreulich.

Das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten scheinen — das ist auch durch die letzten Besprechungen wieder bestätigt worden — ganz einmütig von der Notwendigkeit durchdrungen, die Regierungsmehrheit der Großen Koalition zu bilden. Das Hindernis bleibt nach wie vor die Deutsche Volkspartei. Es liegt bei ihr selbstverständlich nicht etwa an grundsätzlichen Bedenken gegen das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie. Im Gegenteil. Die Führer der Volkspartei verhehlen sich nicht im mindesten, daß sehr wichtige vorliegende Gesetze ohne die Hilfe der Sozialdemokratie nicht durchgeführt werden können. Aber die Volkspartei will „Vereinbarungen von Fall zu Fall“ und keine dauernde Bindung. Die Sozialdemokratie dagegen zeigt für solche parlamentarischen Gelegenheitsarbeiten nicht das Verständnis, das ihr die Volkspartei zumutet. An und für sich wäre es ja schon für diese Partei eine recht schwere Belastung, zum Beispiel ein so folgenschweres Gesetz wie das Arbeitszeitgesetz parlamentarisch unter Dach und Fach bringen zu helfen, ohne dauernde Einflusnahme in der Regierung zu besitzen. Aber selbst wenn sie vielleicht eine Zeitlang bereit zu sein schien, sich auf derartige Kompromisse von Fall zu Fall einzulassen, so hat das Verhalten des volksparteilichen Führers Dr. Scholz in der letzten interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien es ihnen ganz unmöglich gemacht, eine derartige Taktik vor ihren Wählern zu vertreten. Man muß sich erinnern, daß in dieser Sitzung Dr. Scholz zwar einerseits die lose Bindung an die Sozialdemokratie gutgeheißen und auch sich mit der Verpflichtung einverstanden erklärt hat, die Sozialdemokratie vor der Einbringung wichtiger Gesetze zu Rate zu ziehen. Aber er hat gleichzeitig die Berechtigung sowohl der Deutschen Volkspartei als auch des Kabinetts betont, nach wie vor mit der Deutschnationalen Volkspartei gleichzeitig zu verhandeln. Somit wir wissen, hat Dr. Scholz in den Besprechungen dieser Woche die Äußerung weder eingeschränkt noch überhaupt zu erklären versucht.

Wenn der Kreis dieser Woche sich rundet, ohne daß es zu einer Einigung über die Große Koalition kommt, so wird sich zu der grundsätzlichen oppositionellen Einstellung der Deutschnationalen wahrscheinlich die verstärkte Neigung der Sozialdemokraten sich

gefallen, der Regierung mindestens nicht gefällig zu sein. An jedem Tag können mithin ganz ähnliche Wechselfälle eintreten, wie sie jüngst die Erbitten belustigten. Auf die Dauer müßte das die Reichstagsitzungen zu Hauswurstdien degradieren. Nachdem alle anderen Parteien der jetzigen Regierungskoalition und die Sozialdemokratie dazu den festen Willen bekundet haben, derartige Blamagen des Parlaments zu verhindern, trägt die Deutsche Volkspartei, wenn ähnliches in der Zukunft sich wiederholen sollte, dafür die volle Verantwortung.

Diese Verantwortung wiegt um so schwerer, als die Deutsche Volkspartei die Auflösung des Parlamentes nicht will und zum Teil sogar in ihrer Haltung durch die Kenntnis der Tatsache beeinflusst wird, daß der Reichspräsident keine Neigung zeigt, die Vollmacht zur Parlamentsauflösung zu geben. Sie darf sich deshalb nicht wundern, wenn ihr Widerstand gegen die Große Koalition die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte nährt, daß in den Reihen der Deutschen Volkspartei eine starke Strömung sich geltend macht, die auf die Anwendung des Vorklausurparagrafen der Verfassung hinstrebt. Diese Gerüchte werden begreiflicherweise dadurch begünstigt, daß man sich anders überhaupt eine Haltung nicht erklären kann, die sich dauernd der Schaffung einer klaren parlamentarischen Situation entgegenstemmt. Die Volkspartei sollte sich doch auch daran erinnern, daß die Erfolge der deutschen Außenpolitik, die sie sich heute sehr bereitwillig auf ihr Agitationskonto schreibt, zwar von ihrem Parteimitglied, dem Außenminister Dr. Stresemann, errungen sind, aber daß sie ihrem eigenen Parteiminister sehr lange alle möglichen Schwierigkeiten bereitete. Diese Schwierigkeiten hätten beinahe die Vereinigung der deutschen außenpolitischen Situation gestört. Und das alles aus genau dem gleichen Grunde, der diesmal maßgebend ist: weil die Partei sich nicht traut, die Verbindung mit den Deutschnationalen dauernd abzubreaken. Dank von den Deutschnationalen hat die Volkspartei nie gehabt. Gegenliebe hat sie noch weniger gefunden. Doch: „Wenn ich dich liebe, was geht es dich an!“

Bhd.

## Minderheitskoalition in Sachsen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

ba Dresden, 18. November

Am heutigen Donnerstag findet eine entscheidende Beratung über die Regierungsfrage in Sachsen statt. Die Vertreter der beiden Volksparteien, der Wirtschaftspartei, der Demokraten und der Aufwertungspartei werden mit den Vertretern der Alt-Sozialisten zu einer Besprechung zusammenkommen. Die Alt-Sozialisten lehnen jede Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen ab. Die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben bereits früher den Deutschnationalen erklärt, daß sie eine Verbindung mit den Alt-Sozialisten vorziehen müßten, um diese vor dem Abrutschen nach links zu bewahren. In dieser Richtung dürfte heute die endgültige Entscheidung fallen.

## Ständige Kontrolle im Rheinland

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

\* Paris, 18. November

Die zwischen den Westmächten und Deutschland schwebenden Verhandlungen über die Uebertragung der Militärkontrolle an den Völkerbund und den Umfang der Vollmachten für diese Kontrollkommission des Völkerbundes beschäftigen die Öffentlichkeit un-ausgesetzt. Der „Petit Parisien“, der gute Beziehungen zum Quai d'Orsay hat, stellt heute fest, daß die Auffassungen Frankreichs und Englands einander immer noch diametral entgegenstehen. Während Frankreich und Belgien der Völkerbundkommission ein ständiges Untersuchungsrecht geben wollten, habe Deutschland mit englischer Unterstützung bisher den Standpunkt verteidigt, daß die Kommission nur bei begründeten Klagen irgendeiner alliierten Macht auf besonderen Beschluß des Völkerbundes eingreifen dürfe. Jetzt scheint Deutschland als Kompromißlösung eine ständige Kontrolle im Rheinlande und in der entmilit-